

Stefan Schleicher: „Die Vorstellung, dass Leute, die ein politisches Mandat haben, die Politik nach ihren Erkenntnissen gestalten können, ist naiv.“ Der auf Energie spezialisierte Wirtschaftsprofessor eckt in der Politik des Öfteren an. Was dennoch häufig wenig bewirkt. Denn kurzfristige Interessen sind oft stärker als langfristige Strategien.

Den Politikern das Einmaleins erklären

Margarete Endl

Aufsehen hat Stefan Schleicher vor der Klimakonferenz in Bali im Dezember 2007 erregt. Er rechnete vor, dass Österreich seine Verpflichtung zur CO₂-Reduktion aus dem Kyoto-Vertrag wahrscheinlich nicht einhalten werde. Als Ausgleich werde Österreich CO₂-Emissionszertifikate kaufen müssen, was vielleicht 1,5 Mrd. Euro kosten könnte. Die nüchterne Rechnung hat den damaligen Umweltminister Josef Pröll (ÖVP) in Wallung gebracht. Schleicher solle keine Horrorszenarien errechnen, sondern lieber schauen, dass Österreich seine Klimaverpflichtung einhalten wird, sagte Pröll, der sich hörbar in die Enge getrieben fühlte.

Stefan Schleicher ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Graz, Experte im Wirtschaftsforschungsinstitut und Mitglied des Expertenbeirats des Klima- und Energiefonds.

economy: Steigen Sie den Regierenden öfter auf die Zehen?

Stefan Schleicher: Ganz sicher. Ich merke das in meiner Tätigkeit im Expertenbeirat des Klima- und Energiefonds. Da gibt es Differenzen zwischen den Vorschlägen, die aus der Politik kommen, und den Bewertungen, die der Expertenbeirat vornimmt. Es ist interessant zu sehen, ob unsere Meinungen Folgen haben. Das ist nicht immer der Fall.

Ein kürzlicher Streitpunkt war, dass die Regierung vom 150 Mio. Euro-Forschungsbudget des Klima- und Energiefonds 50 Mio. Euro abgezwickelt hat, um die thermische Sanierung von Gebäuden zu fördern. Haben Sie dagegen protestiert?

Wünschenswert wäre eine viel differenziertere Vorgangsweise. Österreich hat mit fast drei Mrd. Euro eine großzügige Wohnbauförderung. Doch diese von den Ländern verwalteten Mittel sind seit einer Novelle des damaligen Finanzministers Grasser nicht mehr zweckge-

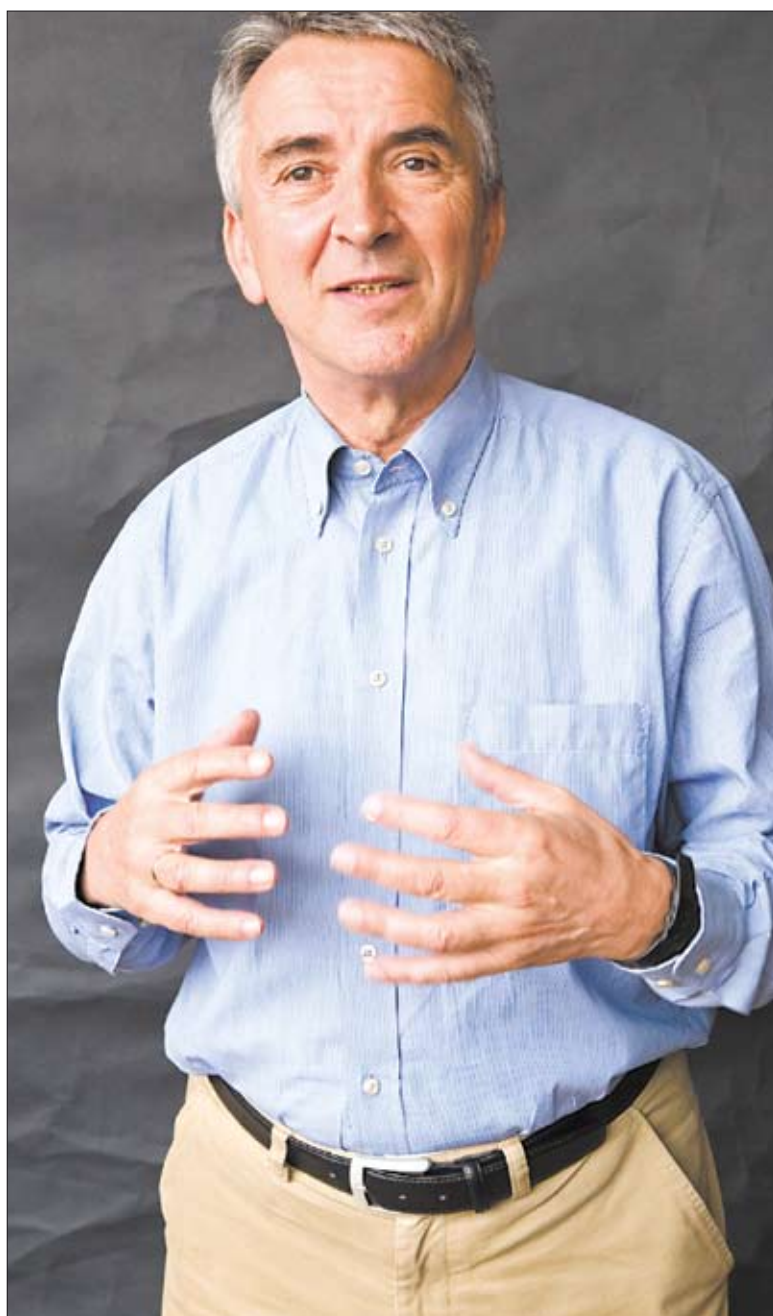
bunden. Damit wird in einigen Bundesländern sogar Sozialhilfe bezahlt – oft an Leute, die in schlechten Wohnungen leben. Statt ihnen bei der Wohnungssanierung zu helfen und die Wunde zu heilen, bekommen die Leute ein Pflaster aufgepickt. Doch ich habe in der Zwischenzeit eine Lernphase hinter mir. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass Politik ein sehr kompliziertes Kräfteparallelogramm unterschiedlicher Interessen ist.

Bei diesem Gesetz zur thermischen Sanierung wird sogar eine neue Ölheizung gefördert.

Da spielen die Interessen derer mit, die Heizöl verkaufen. Politik reflektiert ein kompliziertes Kräftespiel. Vor vielen Jahren dachte ich, ein CEO könne den Kurs seines Unternehmens ändern, wenn er meint, das sei notwendig. Heute sehe ich, dass Reformschritte auf extreme Widerstände stoßen. In der Politik sind Interessenkonflikte noch viel ausgeprägter. Die Vorstellung, dass Leute, die ein politisches Mandat haben, die Politik nach ihren Erkenntnissen gestalten können, ist viel zu naiv.

Viele Ökonomen, auch Sie, waren gegen die Verschrottungsprämie für Autos. Warum?

Die Gelder sind unwirksam. Die Autos, die jetzt gekauft wurden, werden dafür in den kommenden Jahren nicht gekauft. Die Wirkung auf Arbeitsplätze in Österreich ist bescheiden. Es wird auch keine messbare Reduktion von CO₂-Ausstoß geben, da die Prämie nicht an Emissionsstandards gebunden ist. Das war alles klar. Dennoch konnten die Wirtschaftsforscher die Politiker nicht überzeugen. Das löst unter uns Wirtschaftsforschern einen Nachdenkprozess aus. Das war ja kein komplexes Problem, dafür brauchte man keine mathematischen Modelle. Die kurzfristigen Interessen von Herstellern und Händlern waren so vehement, dass 22,5 Mio. Euro in die Prämie hineingebuttert wurden, obwohl die Kassen so ausgedünnt sind.



Der Wirtschaftsexperte Stefan Schleicher hat das „komplizierte Kräftespiel der Politik“ erlernen müssen. Foto: Ulli Eigner

Was schlagen Sie vor?

Wir brauchen eine neue Infrastruktur. Unsere strukturellen Probleme kriegen wir mit konjunkturellen Maßnahmen nicht in den Griff. Ich habe Empfehlungen zu drei Bereichen: Gebäude, Mobilität, Energieerzeugung. Die bestehenden Gebäude müssen auf den aktuellen Stand der Bautechnologie gebracht werden. Im Neubau muss sofort Passivtechnologie vorgeschrieben werden. Und wir müssen schrittweise Plus-Energiehäu-

ser bauen – das sind Häuser, die mehr Energie erzeugen als verbrauchen. Der zweite Bereich betrifft die Mobilität. Durch Fehler der Raumplanung ist eine Zwangsmobilität entstanden – Betriebsstätten, Wohngebäude und Supermärkte sind oft weit voneinander entfernt. Und überdies hat die Autoindustrie Technologien verschlafen und zu spät erkannt, wie viele Chancen Elektromobilität bietet. Wir könnten bereits viel bessere Autos produzieren.

Tut sich da etwas in Graz?

Zu wenig, das sage ich ganz klar. Man hätte der steirischen Autoindustrie viel mehr Anreize geben sollen, um in Elektromobilität zu gehen.

Woher soll der zusätzlich notwendige Strom kommen?

Der Elektroantrieb ist wesentlich effizienter als der Verbrennungsmotor. Er braucht nur ein Viertel der äquivalenten Treibstoffmenge. Selbst wenn wir etwas ganz Schlimmes machen und aus Erdöl Strom erzeugen, brauchen wir nur ein Viertel der Menge an Energie.

Aus welchen Quellen soll der Strom erzeugt werden?

Da muss man sehr vorsichtig sein mit simplen Empfehlungen. Es wäre zu einfach zu sagen: Wir setzen nur auf Windenergie oder nur auf Biomasse. Ich schlage etwas gänzlich anderes vor: Wo immer jetzt etwas verbrannt wird, um Wärme zu erzeugen, muss stattdessen eine hocheffiziente KWK-Anlage, also eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage, eingesetzt werden. Wo Wärme erzeugt wird, muss auch Strom erzeugt werden, und vice versa.

Der Verbund baut in Mellach bei Graz ein Gaskraftwerk zur Stromerzeugung. Ist das nicht der falsche Weg?

Ich kenne die Probleme.

Ist es nicht der falsche Weg?

Ich kenne die Probleme. Wir wissen, dass Österreich 2020 ungefähr 80 Mio. Tonnen CO₂ emittieren dürfen wird. Ein Kraftwerk wie Mellach emittiert bis zu einer Mio. CO₂ pro Jahr. Da wird zu überlegen sein, welche anderen Emissionen in diesem Umfang zurückgehen können. Ich bin neugierig, wie man das schafft. Österreich hat bei den Zielen der EU für 2020 mitgestimmt. Ist es meine Aufgabe, daran zu erinnern?

Ja!

Das ist, wie wenn ich daran erinnere, dass das Einmaleins eine klar definierte Sache ist.